



Fragen der Grannies for Future Köln zur Landtagswahl NRW am 15.05.2022

13.04.22

Nachfolgend haben wir einige ausgewählte Fragen zu wenigen Bereichen / Sektoren der Klimapolitik mit der Bitte um Beantwortung gestellt (vgl. Anschreiben). Die Fragenkomplexe und Fragen sehen wir als exemplarisch für die verfolgte Klimapolitik an. Eine Betrachtung aller relevanten Sektoren und Aspekte würde natürlich den gegebenen Rahmen sprengen.

Klimaschutzgesetzgebung

Die aktuelle Landesregierung hat mit der Novellierung des Klimaschutzgesetzes (KSG, Juli 2021) zwar die zu erreichenden Ziele erhöht, viele relevante Aspekte im Vergleich zu dem vorher gültigen KSG aber teils dramatisch verwässert. Ein Gesetz, was nur noch Ziele für 2030 und 2040 formuliert, kann nicht an klaren Umsetzungsschritten gemessen und fortlaufend korrigiert werden. Das betrifft z.B. die fehlenden allgemeinen und sektorspezifischen jährlichen Zwischenziele und die fehlenden, zur Kontrolle der Umsetzung notwendigen Instrumente. Die bis dahin geltende Verpflichtung für einen Klimaschutzplan und die Klimaschutzkonzepte öffentlicher Stellen wurde gestrichen. Mit so einer gesetzlichen Grundlage ist eine Erreichung des 1,5 ° Pfades nicht sicherzustellen.

Fragen

Wie bewerten Sie folgende Maßnahmenvorschläge:

- Die NRW-Klimapolitik wird klar an einem auf NRW heruntergebrochenen CO2 Restbudget orientiert (vgl. Beschluss BVG).
- Das Ziel der Klimaneutralität für NRW wird von 2045 auf 2035 (evtl. 2040) vorgezogen.
- Das NRW Klimagesetz wird wieder dahingehend verschärft, dass es klare sektorspezifische jährliche Einsparziele, ein öffentliches Monitoring und eine Pflicht zur Nachsteuerung bei Nichterreichen der gesteckten Ziele enthält.
- Eine Rahmengesetzgebung wird verabschiedet, nach der jedes vom Landtag zu verabschiedende Gesetz auf seine Auswirkungen auf die Klimabilanz des Landes überprüft wird.

Ausbau Erneuerbarer Energien (EE)

Eine Reduktion des CO2 Ausstoßes ist nur durch den Ersatz der Nutzung fossiler Energien möglich. Dabei wird sich der Stromverbrauch im Vergleich zu jetzt durch die Sektorenkoppelung noch deutlich erhöhen, z.B. durch den Einsatz von E-Mobilität, Wärmepumpen, industriellen Bedarf an Grünem Wasserstoff. Technologien dazu sind vorhanden, in vielen Bereichen ist inzwischen auch die Wirtschaftlichkeit gegeben. Trotzdem verläuft der Ausbau der EE deutlich langsamer, als es möglich und nötig wäre. Hierzu tragen vielfältige Faktoren bei.

Fragen

- Wie lässt sich Ihrer Einschätzung nach die Ausweisung von 2 % der Landesfläche in NRW für den Windkraftausbau umsetzen? Sind Sie bereit, das politisch mitzutragen und durchzusetzen?
- Welche weiteren Maßnahmen müsste das Land ergreifen, um den stockenden Ausbau der Windkraftanlagen deutlich zu beschleunigen (z.B. auch Akzeptanz in der Bevölkerung)?
- Wie stehen Sie zu einer Solarpflicht auf allen Neubauten in NRW (öffentliche Hand, Gewerbe, Private Bauten)?
- Welche weiteren Landesmaßnahmen könnten den Ausbau von PV-Anlagen und damit eine Dezentralisierung der Stromversorgung fördern? Wären Sie bereit, sich dafür einzusetzen?

Verkehr

Der Verkehrsbereich ist der einzige Bereich, der in den letzten Jahrzehnten praktisch keine CO₂ Einsparungen verzeichnet hat. Dies ist u.a. begründet in immer mehr Individualverkehr in immer größeren und verbrauchsstärkeren PKW, einer Zunahme des Güterverkehrs auf der Straße und auch des Flugverkehrs, einer Vernachlässigung der Infrastruktur für den ÖPNV (sowohl im Fernverkehr als auch im ländlichen Raum), intransparenten und z.B. bei einer Stadtgrenze überschreitenden Fahrten hohen Kosten, mangelnder und mangelhafte Infrastruktur für Radfahrer und Fußgänger, schlechten Umstiegsmöglichkeiten zum Wechsel zwischen verschiedenen Verkehrsträgern. Der Umstieg auf E-Mobilität leidet zudem unter einer unzureichenden Ladeinfrastruktur und sehr unübersichtlichen und schlecht handhabbaren Bezahlssystemen. Der besonders kritische Flugverkehr wird weiter durch hohe Subventionen (Verzicht auf Kerosinsteuer, Subventionen für Regionalflughäfen) staatlich gefördert.

Folgen sind neben dem weiterhin viel zu hohen CO₂-Ausstoß z.B. eine Dominanz des Autos und damit ein Verlust an Lebensqualität in Städten, viele Staus, hohe Zeitverluste, hohe nervliche Belastungen der Verkehrsteilnehmer und hohe Kosten (z.B. durch hohe Betriebsstoffkosten und Verlust von Arbeitszeit), Verlust an Naturräumen

Fragen:

- Wie sollte das Land die Investitionen im Bereich der Mobilität einsetzen / gewichten (verschiedene Verkehrsträger, Neubau - Ausbau - Instandhaltung)?
- Sollte das Land die Kommunen dabei unterstützen, dem ÖPNV, Fahrrad- und Fußgängerverkehr mehr Stadtraum einzuräumen, auch wenn das den Raum für Automobilität reduziert? Welche Maßnahmen wären diesbezüglich für Sie vordringlich?
- Welche Möglichkeiten sehen Sie, über eine Landespolitik auf die Verkehrs- und Tarifpolitik der Verkehrsverbände Einfluss zu nehmen? Es ginge z.B. um gute Bezahlbarkeit, Einfachheit des Tarifsystems auch bei Überschreiten von Stadtgrenzen, Taktungen (auch in Randzeiten), Mitnahme von Fahrrädern / Kinderwagen etc.
- Welche Rahmenbedingungen kann und sollte das Land für einen flächendeckenden Ausbau von Ladesäulen schaffen?
- Wären Sie bereit, die Landeszuschüsse für die defizitären Regionalflughäfen bis 2025 vollständig zu streichen?

Besten Dank für Ihre Antworten!